Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 78 (1984)

Heft: 9

Artikel: Für eine kritische Solidarität mit Israel und der PLO : NW-Gespräch mit Emanuel Hurwitz und Heini Bloch

Autor: Hurwitz, Emanuel / Bloch, Heini

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143147

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für eine kritische Solidarität mit Israel und der PLO

NW-Gespräch mit Emanuel Hurwitz und Heini Bloch

Fehlt dem linken Zionismus der Glaube an den Sozialismus?

NW: *Heini Bloch, Du bist VPOD-Sekretär und SP-Kantonsrat im Kanton Zürich. Emanuel Hurwitz, Du hast in spektakulärer Form gegen «antisemitische Tendenzen in der SP» protestiert: Auf den 1. Mai 1984 hast Du Dein Kantonsratsmandat niedergelegt und Deinen Austritt aus der Partei erklärt. Was Euch beide unterscheidet, ist somit Euer Verhältnis zur Sozialdemokratie; was Euch dagegen verbindet, ist die Option für einen linken Zionismus. Wie würdet Ihr diesen linken Zionismus definieren?*

Hurwitz: Zunächst wäre zu definieren, was überhaupt Zionismus ist. Darunter versteht man das Bestreben des jüdischen Volkes, in einem eigenen Staat zu leben, um hier Lebensweise, Kultur und Politik selber bestimmen zu können. Entsprechend dieser Definition gab es von Anfang an verschiedene Vorstellungen, wie diese eigene Staatsgestaltung aussehen sollte: Es gab und gibt einen religiösen, einen bürgerlichen, einen revisionistischen und auch einen sozialistischen Zionismus. Der linke Zionismus sucht den jüdischen Staat nach sozialistischen und demokratischen Grundsätzen zu gestalten, um dadurch eine emanzipatorische Befreiung des jüdischen Volkes aus der Diaspora zu verwirklichen.

NW: *Du unterscheidest zwischen religiösem, linkem und bürgerlichem Zionismus. Gibt es nicht auch einen religiösen Zionismus, der im Sinn eines Martin Buber oder Schalom Ben Chorin links orientiert ist?*

Hurwitz: Unter den Namen «Oz veshalom» (Kraft und Friede) und «Netivoth Shalom» (Wege zum Frieden) hat sich in den letzten fünf Jahren in Israel eine vorläufig noch kleine Bewegung gebildet, die im Gegensatz zur rechts stehenden, nationalistisch-chauvinistischen Gusch Emunim eine Art von religiösem Sozialismus vertritt. Daneben gab und gibt es in der Arbeiterbewegung natürlich immer auch religiöse Juden. Ich meine, dass eine ganz wichtige Aufgabe des Sozialismus in Israel darin bestünde, im religiösen Lager Kräfte wie hierzulande die «Christen für den Sozialismus» zu mobilisieren.

NW: *Nun gibt es aber immer wieder Juden, die sich bewusst von jedem Zionismus distanzieren. Ernst Bloch z.B. bekennt sich in seinem «Prinzip Hoffnung» zur Devise: «Ubi Lenin, ibi Jerusalem».*

Bloch: Ich möchte nicht so arrogant sein, diesen Juden nachzutragen, dass sie im Zionismus nicht die Lösung der Judenfrage sehen. Auf der anderen Seite wissen wir, was mit den Juden in den letzten 2000 Jahren geschah, in denen sie ohne eigenen Staat leben mussten. Zerschlagen hat sich die Hoffnung der vom Feudalismus unterdrückten Juden auf die französische Revolution, den Liberalismus, die parlamentarische Demokratie, auf eine bürgerliche Gesellschaft, in der sie nicht mehr verfolgt, sondern als Menschen geachtet würden, in der sie gleichberechtigt wären. Ich erwähne nur die Entwicklung der Weimarer Republik. Nicht weniger enttäuscht wurde die grosse, die unermesslich grosse Hoffnung auf die Entstehung der Sowjetunion und der

übrigen sozialistischen Staaten, dass es ihnen gelingen würde, die Judenfrage zu lösen und den Antisemitismus zu überwinden. Es gab daher Tausende und Abertausende von Juden, die zum Teil in führender Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung tätig waren. Ihre Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Realen Sozialismus ohne Antisemitismus gibt es nicht.

NW: *Heisst das aber nicht, dass der Glaube an den linken Zionismus verbunden ist mit einem fehlenden Glauben an den Sozialismus?*

Bloch: Ich schaue auf die Praxis. Und diese sagt mir, dass die Gründung des Staates Israel, geschichtlich gesehen, die bestmögliche Lösung für das Überleben der Juden gewesen ist.

Hurwitz: Was die Judenfrage betrifft, muss man heute diese Frage bejahen. Bei aller Skepsis gegenüber nationalstaatlichen Lösungen wüsste auch ich heute nicht, was den Juden sonst auch nur irgendeine Sicherheit geben könnte.

Jüdisches Misstrauen gegenüber der SP

NW: *Enttäuschung gibt es offenbar nicht nur über den «real existierenden Sozialismus», sondern auch über unsere Sozialdemokratie. Emanuel Hurwitz, Dein Austritt aus der SP hat viele Genossinnen und Genossen betroffen gemacht. Es stellt sich die Frage: Kann ein linker Zionist nicht mehr Mitglied der SP sein, zumindest im Kanton Zürich?*

Hurwitz: Zumindest wird es immer schwieriger. Aber wir sollten das Problem in einem weiteren Zusammenhang sehen: Die SP lässt es sich immer wieder – und nicht nur in der Nahostfrage – gefallen, dass sie von kleinen Gruppen in Positionen hineinmanövriert wird, die im Grunde gar nicht der Parteimehrheit entsprechen. Ich könnte dieser Partei erneut beitreten, wenn sie endlich wieder mit klaren Konturen dastehen würde und man wüsste, woran man mit ihr ist; wenn also nicht dauernd dasselbe passierte wie gerade jetzt vor der Abstimmung über die Energie- und Atominitiative, dass nämlich plötzlich kleine Gruppierungen komiteeartig auftreten und eine Meinung von sich geben, die den demokratischen Entscheidungsprozessen der Partei zuwiderläuft. Solange solche Dinge passieren, stehe ich der Partei auch in bezug auf Juden, Antisemitismus und Nahostkonflikt weiterhin misstrauisch gegenüber. Die Juden in Zürich wissen tatsächlich nicht mehr, wo die Partei in dieser Frage steht.

NW: *Du hast einmal gesagt, solange man das Existenzrecht Israels anerkenne, sei für Dich jede Kritik an der israelischen Politik möglich. Gibt es in der SP Gruppierungen, die eben dieses Existenzrecht Israels in Frage stellen?*

Hurwitz: Es gibt in der SP Leute, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Daneben gibt es eine sehr viel grössere Zahl von Parteimitgliedern, die sich im Sinne des Flugblatts zur letzten 1.-Mai-Feier in Zürich «mit ungeteilter Sympathie» hinter die PLO stellen, aber gleichzeitig behaupten, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Beides geht jedoch nicht zusammen. Das ist entweder Nichtwissen oder Dummheit oder Perfidie. Man nimmt die nach wie vor erklärten Ziele der PLO nicht zur Kenntnis, die das Existenzrecht Israels ablehnen und den «bewaffneten Kampf bis zur Wiedergewinnung ganz Palästinas» propagieren. Und dies trotz zahllosen offiziellen Äusserungen der PLO-Führung.

Bloch: Ich möchte die PLO-Charta nicht dämonisieren. Aber ich glaube, dass wir dieses klar und sorgfältig formulierte Dokument ernstnehmen sollten. Es wäre fatal, wenn Juden und Israelis darin nur rhetorisches Geschreibsel sehen würden. Seit jenem Buch, das «Mein Kampf» hiess und das ebenfalls viel zu wenig ernst genommen wurde, sind Juden und Israelis gut beraten, über Dokumente, die sich gegen sie richten, nicht mehr leichtfertig hinwegzugehen.

NW: *Nun braucht die Solidaritätsadresse*

an die PLO im Aufruf eines 1.-Mai-Komitees nicht einfach eine Identifikation mit allem zu bedeuten, was die PLO sagt und tut. Hinzu kommt, dass es auch in der PLO recht unterschiedliche Richtungen gibt, gerade was die Anerkennung Israels anbelangt. Wäre es denn richtig, wenn die europäische Linke die PLO überhaupt isolieren würde? Kann eine kritische Solidarität mit der PLO nicht gerade jenen Kräften Auftrieb geben, die längerfristig einen vernünftigen «Modus vivendi» mit Israel anstreben?

Hurwitz: Ich bin gewiss nicht gegen jede Solidarität mit der PLO. Für mich waren aber im Fall des 1.-Mai-Flugblattes Begriffe entscheidend wie «ungeteilte Sympathie» und «die Seite gewählt, auf der wir stehen». Wenn man die PLO tatsächlich mit *kritischer* Solidarität unterstützen würde, hätte ich nichts dagegen einzuwenden. Nur müsste es dann heissen: Wir unterstützen auf der einen Seite die Anliegen der Palästinenser, auf der anderen Seite treten wir aber auch für das Existenzrecht Israels ein und müssen daher in diesem Punkte die PLO kritisieren. Ich glaube schon, dass die Isolierung der PLO zu einer Radikalisierung führen würde. Aber ich glaube eben auch, dass die unkritische Identifikation mit der PLO zu deren Radikalisierung führt – und zu einer Isolierung und Radikalisierung auch auf seiten Israels. Diese zeichnet sich seit 1977 immer deutlicher ab und ist ja nun weiss Gott nicht von gutem.

***NW:** Heini Bloch, Du teilst die Kritik von Emanuel Hurwitz an der SP. Trotzdem bist du in der Partei geblieben. Warum?*

Bloch: Ich gehöre der Sozialdemokratischen Partei aus tiefer Überzeugung an. Sie vertritt wichtige Anliegen und Forderungen, die für mein persönliches Leben von grosser Bedeutung sind. Ich kann da nicht einfach austreten. Jedenfalls habe ich noch die Kraft, in der SP zu bleiben. Hier versuche ich auch, diese linken zionistischen Positionen zu vertreten und gegen jene Kräfte anzutreten, die Israel gegenüber intolerant sind und ihre Sympathien einseitig der arabischen Sache bzw. der PLO zuwenden.

***NW:** Selbst wenn es heute vereinzelt in der SP israelfeindliche und nicht nur israelkritische Stimmen geben sollte, so wäre doch immer noch die nach wie vor lebendige Tradition unserer Arbeiterbewegung mitzubedenken, die gewiss frei ist von Antisemitismus. Oder wie anders soll man es sich erklären, dass die einzigen Juden im Zürcher Kantonsrat – bis zum Ausscheiden von Emanuel Hurwitz waren es deren vier – Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sind; ja dass auch bürgerliche Juden um dieser Tradition willen die SP wählen?*

Hurwitz: Leider gelingt es diesen kleinen Gruppierungen, die ungeteilt für die Anliegen der PLO eintreten, immer wieder, von der Toleranz oder Gleichgültigkeit der SP zu profitieren und ihre eigenen Positionen öffentlich im Namen der Partei zu vertreten. Im kantonalen Parteivorstand konnte eine Genossin sagen: «Es geht Euch ja nur um die Wählerstimmen dieser ‚Saujuden'.» Dagegen wurde nicht einmal protestiert; vielmehr wurde die gleiche Genossin an der gleichen Sitzung des Parteivorstandes in ein Komitee zur Vorbereitung einer antiisraelischen Kundgebung delegiert. Und diese Gleichgültigkeit einer Mehrheit gegenüber einer fanatischen Minderheit macht mir Sorgen. Denn von dieser schweigenden Gleichgültigkeit hat der Antisemitismus seit eh und je profitiert.

Bloch: Die SP hat sich in ihrer Geschichte als Sachwalterin der Toleranz und als Vorkämpferin gegen die Intoleranz ausgezeichnet. Um diese politische Grundüberzeugung geht es mir und nicht um Wählerstimmen. Dass die jüdische Bevölkerung in Zürich, die während Jahrzehnten grösstenteils die SP gewählt hat, heute irritiert und verunsichert ist, macht uns traurig. Das wollen wir ändern.

Enttäuschte Liebe zum Judenstaat?

***NW:** Da bliebe noch nachzutragen, dass die erwähnte Genossin inzwischen eben-*

falls aus der Partei ausgetreten ist, weil die SP offensichtlich doch nicht bereit ist, ihre Solidarität unkritisch nur der einen Seite im Nahostkonflikt zuzuwenden.

Zu fragen wäre aber auch, warum es überhaupt diese Entwicklung innerhalb der politischen Linken gibt: dass nämlich die Kritik gegenüber der PLO in dem Masse abnimmt, wie sie gegenüber Israel sich verstärkt. Gibt es hier nicht so etwas wie eine enttäuschte Liebe zum jüdischen Staat, der sich – vor allem seit dem Sechstagekrieg von 1967 – weder aussenpolitisch noch innenpolitisch in die erhoffte sozialistische Richtung entwickelt hat? So lautet etwa die Kritik am heutigen Israel, es habe sich zur «Speerspitze des Imperialismus im Nahen Osten» entwickelt. Zur Begründung werden eine Reihe von Fakten genannt: Einmischungen, ja Einfälle israelischer Truppen in den Libanon bis zu dessen noch anhaltender Besetzung; das zugelassene Massaker an Palästinensern im Juni 1982 im Libanon; Luftangriffe auf Objekte und Menschen in andern Staaten des Nahen Ostens; die völkerrechtswidrige Annexion Jerusalems und der Golanhöhen; Repressionen gegenüber den Arabern in den besetzten Gebieten; das Angebot an die USA, die israelische Logistik für eine Eingreiftruppe im Nahen Osten zur Verfügung zu stellen; Waffenexporte an brutale Rechtsdiktaturen wie z.B. das Schahregime und das Somozaregime in der jüngeren Vergangenheit.

Fühlt Ihr Euch als Vertreter des linken Zionismus von dieser Kritik betroffen? Teilt Ihr diese Kritik?

Hurwitz: Ich teile diese Kritik weitgehend; ich habe sie zum Teil auch öffentlich geäussert. Die «Speerspitze des Imperialismus» bedürfte allerdings einer genaueren historischen Analyse. Die einseitige Anlehnung an die USA kann nicht losgelöst vom Stalinismus und Antisemitismus in der Sowjetunion und in andern Oststaaten der 50er Jahre betrachtet werden. Ich erinnere nur an die Unterdrückung allen jüdischen Lebens, der jüdischen Schulen, Zeitungen, religiösen Institutionen unter Stalin oder an den Slansky-Prozess. Hinzu kommen innenpolitische Faktoren wie z.B. die stark von Moskau abhängigen antizionistischen Kommunisten in Israel. Doch trotz aller Differenzierungen, die gegenüber den gehörten Vorwürfen angebracht wären, kann man sich als Sozialist mit solchen Tendenzen in Israel selbstverständlich nicht identifizieren. Nötig wäre aber eine solidarische Kritik gerade gegenüber einer israelischen Linken, die eben auch Fehler macht. Ich nenne etwa die Waffenexportpolitik oder die Besiedlungspolitik im besetzten Gebiet, die beide schon unter der Arbeiterregierung angefangen haben. Hinzu kommt die Vernachlässigung der orientalischen Juden, die heute eine Art Subproletariat bilden, das nationalistisch-rechtsbürgerlich wählt.

Bloch: Ich hoffe, dass die Arbeiterpartei mehr politischen Einfluss gewinnen wird, um eine Politik der Völkerverständigung vertreten zu können. Was insbesondere das Verhältnis zur PLO betrifft, so hat neulich ein linker Israeli von der Mapam in Zürich sinngemäss gesagt: «Das palästinensische Volk hat wie das jüdische Volk einen Lebenswillen. Und alle Völker, die einen Lebenswillen haben, kommen irgendwann einmal zu ihrem Staat.» Es ist eine falsche Politik der bisherigen rechtsbürgerlichen Regierung, zu ignorieren, dass es ein palästinensisches Volk gibt und dass dieses Volk einen Lebenswillen hat. Auf der anderen Seite sollte man aber auch die PLO-Verantwortlichen nicht von jeder Kritik ausnehmen. Ihre Politik der letzten dreissig Jahre hat dem palästinensischen Volk nichts, aber auch gar nichts gebracht. Davon ist freilich innerhalb der politischen Linken in der Schweiz kaum je die Rede. Ich wiederhole daher: Wie der frühere Philosemitismus der politischen Linken, deren ungeteilte Sympathie für Israel, falsch war, genauso falsch ist die heute anzutreffende ungeteilte Sympathie für die

PLO. Wer dem palästinensischen Volk dienen will, der sollte auch kritisch sein gegenüber seinen Führern.

***NW:** Und was denkt Ihr über die Hypothese von der enttäuschten Liebe zum jüdischen Volk?*

Hurwitz: Die unkritische Israeleuphorie in den Jahren nach der Staatsgründung hatte sehr viel mit einer überdeckten, aber unbewältigten antisemitischen Vergangenheit während der Hitlerzeit zu tun. Diesen Antisemitismus gab es ja auch in der Schweiz, angefangen von der Politik des Bundesrates und der Fremdenpolizei bis hin zum «J» im Pass der deutschen Flüchtlinge. Und dieser Antisemitismus wurde von grossen Teilen der Bevölkerung eben auch schweigend und duldend mitgetragen. Die Begeisterung über die Leistungen der Juden in Israel hatte somit auch eine Entlastungsfunktion: Man sah, dass die Juden 2000 Jahre Verfolgung und Unterdrückung durch das vom Christentum geprägte Abendland heil überstanden hatten–man musste also weniger Schuldgefühle haben. Gegen diese Schuldgefühle als Folge eigener vielleicht unbewusster antisemitischer Tendenzen baute man psychologische Dämme auf: Man verkehrte das Ganze ins Gegenteil, man war jetzt plötzlich ein enthusiastischer Freund der Juden. Heute, wo die Probleme, die ein verfolgtes und jahrhundertelang unterdrücktes Volk mit sich herumträgt, erneut und immer deutlicher hervortreten, kehren die alten Schuldgefühle zurück und konfrontieren Europa mit der unbearbeiteten Judenfrage. Das erklärt mir zum Teil die Schärfe und den Fanatismus, mit denen man Israel seine politischen Fehler verübelt.

Psychologisch nennt man solche Mechanismen Reaktionsbildungen. Und diese haben die Tendenz, sich quasi zu verselbständigen und, sobald sie brüchig werden, in neue Reaktionsbildungen überzugehen. So gelangt man nie zu einer differenzierten, kritischen Haltung, sondern nur immer zu pauschalen Begeisterungsstürmen oder pauschalen Verunglimpfungen. Es ist doch immerhin auffallend, wie sehr die gesellschaftspolitische Analyse beim Nahostkonflikt auf seiten der Linken völlig aussetzt. Man tut so, als wäre die PLO insgesamt die Linke und Israel insgesamt rechts. Man übergeht dabei die israelische Linke und die israelische Friedensbewegung.

***NW:** «Enttäuschte Liebe» könnte aber auch heissen, dass die Hoffnung auf ein sozialistisches Experiment in Israel, wie es sich z.B. in der Kibbuz-Bewegung abzuzeichnen schien, zerschlagen wurde. Auch die Sowjetunion ist wohl aufgrund einer solchen Hoffnung 1947 für diesen Staat Israel eingetreten.*

Hurwitz: Die Entwicklung der letzten Jahre war sehr stark geprägt von der Einwanderung orientalischer Juden. Diese kamen aus einem völlig anderen soziokulturellen Hintergrund als die europäischen und amerikanischen Juden. Als nun die Arbeiterregierung versuchte, ihre Ideale der jüdischen Arbeit und des jüdischen Handwerks an die orientalischen Juden heranzutragen, um diese gut sozialistisch in die neue jüdische Arbeiterklasse zu integrieren, beging sie einen entscheidenden Fehler: Die orientalischen Juden fühlten sich zutiefst gedemütigt; denn sie wollten nicht ihr Dasein als kleine, aber selbständige Händler aufgeben und nun wieder Handwerker werden. Daraus erklärt sich zum Teil der Hass dieser Leute auf die Arbeiterregierung.

Eine weitere Fehleinschätzung war, die orientalischen Juden könnten aufgrund ihrer Herkunft aus der Dritten Welt eine Art Brücke zu den arabischen Völkern bilden. Die orientalischen Juden sind zwar Dritte Welt in Israel, aber ihr Hass gegen die Araber, ihr Chauvinismus und ihre Tendenz, auf Gewalt zu setzen, sind ungeheuer gross, weil sie ihrerseits die Diskriminationserfahrung in den arabischen Ländern mit sich herumtragen. Sie haben der populistisch-demagogisch-rechtsradikalen Regierung Begin den grossen Support gebracht.

Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes – gegen ein demokratisches und laizistisches Palästina

NW: *Heini Bloch, Du hast vorhin wie ein guter Hegelianer argumentiert, dass jedes Volk, das über einen Lebenswillen verfüge, auch die Tendenz habe, sich einen Staat zu schaffen. Israel hat dieser Regel zweifellos entsprochen. Und dazu wäre viel zu sagen – vor allem in unserer Zeitschrift, in der Ragaz einst die Juden darum bat, nicht zu werden wie andere Völker. «Hegelianisch» mutet ja auch die Art und Weise an, wie der jüdische Staat sich heute im Verein mit andern Staaten zu behaupten sucht. Viel wichtiger an Deiner Aussage war jedoch, dass Du dasselbe Recht auf einen eigenen Staat auch dem palästinensischen Volk zuerkannt hast. Wie stellst Du Dir diesen Palästinenserstaat vor?*

Bloch: Ich möchte, dass der jüdische Staat für immer bestehen bleibt. Darum bin ich für eine Lösung der Palästinenserfrage. Die Israelis werden gewisse Teile des Westjordanlandes zurückgeben müssen. Ich kann mir vorstellen, dass die Menschen, die auf westjordanischem Gebiet leben, vielleicht im Zusammenwirken mit Jordanien, einen eigenen Staat erhalten. Das wird aber noch ein langer Prozess sein. Es wäre für die Menschen dort schon viel gewonnen, wenn sie von der militärischen Besetzung durch Israel befreit würden. Nach jahrzehntelangem Hass, Misstrauen und Krieg wird dieser Palästinenserstaat nicht über Nacht entstehen. Es muss Zwischenlösungen geben, die geeignet sind, die wechselseitigen Ängste abzubauen. Auch innerhalb der arabischen Staaten, die bis heute wenig für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung getan haben, muss etwas passieren. Und letztlich spielen die beiden Supermächte Sowjetunion und USA eine wesentliche, wenn nicht die entscheidende Rolle. Wenn sie eine ehrliche Friedenspolitik betreiben würden, hätten sie die Macht, zum Frieden im Nahen Osten massgebend beizutragen.

Hurwitz: Realistische Israelis vertreten die Ansicht, dass die Palästinenser über kurz oder lang ihren eigenen Staat haben werden. Ob sie ihn zusammen mit König Hussein von Jordanien, allein oder wie auch immer bilden möchten, ist ihre Sache. Dazu haben die Israelis eigentlich sehr wenig zu sagen. Dass diese realistischen Israelis sagen: «Einem Palästinenserstaat in der Westbank und im Gazastreifen unter der politischen Führung der PLO würden wir sehr viel mehr misstrauen als einem Palästinenserstaat, der unter Hussein mit Jordanien vereinigt wäre», dafür habe ich angesichts der politischen Schwäche, Zerstrittenheit und Widersprüchlichkeit der PLO ein gewisses Verständnis. Trotzdem, wie die Palästinenser ihren Staat schliesslich organisieren werden, ist ihre Sache.

NW: *Ja, wäre denn eine Lösung der Palästinenserfrage ohne die PLO für Euch überhaupt denkbar?*

Hurwitz: Es hat sich bis jetzt keine politische Kraft durchgesetzt, die eine Alternative zur PLO sein könnte. Realpolitisch gesehen, gibt es daher auch keine Lösung der Palästinenserfrage ohne die PLO. Gerade darum müssten wir auf eine Änderung der Politik der PLO und der ganzen Arabischen Liga hinwirken. Immerhin ist im letzten politischen Dokument, das von arabischer Seite zu diesem Konflikt erarbeitet und am palästinensischen Nationalkongress in Algier 1983 diskutiert wurde, dem Fez-Plan, der einzige Passus, in dem davon die Rede war, dass alle Staaten jener Region in sicheren Grenzen leben sollten, von der Arabischen Liga abgelehnt worden, um jede Lesart einer auch nur impliziten Anerkennung Israels zu vermeiden. Ich meine, die PLO und die Arabische Liga müssten diese Anerkennung Israels einmal aussprechen, und zwar nicht nur verklausuliert. Bei allem Verständnis für

diese Trumpfkarte: Wenn man sie gar nie ausspielt, ist sie letztlich keine mehr.

Bloch: Es soll Sache der Palästinenser sein, ihre Repräsentanten selbst zu bestimmen. Aber die palästinensischen Führer von der PLO müssten es sich schon überlegen, was ihre Politik bis heute dem eigenen Volk gebracht hat. Und es gibt sie ja auch, die Palästinenser, die heute sagen: «Genosse Arafat, Du redest nur, aber Du bringst uns nichts!»

NW: *Man müsste Arafat natürlich auch die Möglichkeit geben, seinem Volk etwas zu bringen. Angesichts der verhärteten Situation, die wir heute antreffen, ist es für jeden PLO-Politiker wohl ein Ding der Unmöglichkeit, die legitimen Forderungen seiner Leute auch nur einigermassen durchzusetzen. Doch zurück zur Frage, wie das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht verwirklichen könnte. Die Maximalforderung der PLO zielt ja nun nicht auf einen Staat neben Israel, sondern vielmehr auf einen gemeinsamen Staat von Palästinensern und Juden auf demokratischer und laizistischer Grundlage. In sozialistischen Ohren klingt diese Forderung nicht schlecht. Wäre sie vielleicht eher im Rahmen einer Föderation zu verwirklichen?*

Hurwitz: Die Errichtung eines demokratischen laizistischen Palästinas, wie diese Zielsetzung der PLO lautet, wäre gleichbedeutend mit der Auflösung des jüdischen Staates überhaupt. Die Juden sind aber nicht gewillt, in einem neuen arabischen Staat eine neue Diaspora zu bilden. Sie wollen auch weiterhin politisch, kulturell und religiös selbstbestimmt leben. Ausserdem muss ihr Staat eine Heimstätte für verfolgte Juden der ganzen Welt bleiben. Ich habe auch meine Zweifel an der Ehrlichkeit dieses Vorschlages. Es ist wohl doch eine – in sozialistischen Ohren zwar gut klingende, letztlich aber doch nur verklausulierte – Aufforderung zur Zerstörung des jüdischen Staates.

Gegen eine Föderation des jüdischen Staates mit einem Palästinenserstaat oder mit andern Staaten der Region hätte ich gar nichts einzuwenden. Ich glaube sogar, dass dies eine Lösung ist, die irgendwann einmal kommen muss, nur schon um den Frieden wirklich zu sichern und ein gigantisches Wettrüsten in dieser Region zu verhindern.

NW: *In einer Zeit, in der alle Völker sich nach Massgabe ihrer Möglichkeiten nationalstaatlich organisieren, darf man dem jüdischen Volk nicht den Vorwurf machen, dass es ebenfalls in einem eigenen Staat leben will. Absurd ist vor allem der Rassismusvorwurf, der in diesem Zusammenhang gegen Israel erhoben wird. Trotzdem gibt es immer wieder Zwangsmassnahmen gegenüber der arabischen Bevölkerung Israels, die diesen Vorwurf zu stützen scheinen. Besonders schlimm war ja auch das Vokabular des früheren Ministerpräsidenten Begin, der einmal gar von den Palästinensern sagte, sie seien «Tiere, die auf zwei Beinen gehen». Ist nicht eben doch ein zumindest latenter Rassismus in der Politik der bisherigen Regierung spürbar?*

Bloch: Vom Chauvinismus zum Rassismus ist es nur ein kleiner Schritt. Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass auch jüdische Menschen vor Rassismus nicht gefeit sind. Und wenn Begin das gesagt hat, so hat man das gerade als Jude scharf zu verurteilen. – Jahrzehntelang angestauter Hass im Nahen Osten bringt immer wieder rassistische Tendenzen hervor. Linke Zionisten haben die Pflicht, rassistische Tendenzen im jüdischen Volk ebenso anzuprangern und anzuklagen.

Nach den Wahlen: «Weimarisierung» Israels?

NW: *Wie soll es weiter gehen? Entgegen allen Vorhersagen haben Israels Sozialdemokraten und Liberale bei den Knessetwahlen vom 23. Juli nicht den erwarteten Sieg davongetragen. Und das trotz des blutigen Libanon-Debakels und trotz einer Inflationsrate von 400 Prozent. Zwischen dem Likud-Block der nationalistischen Rechten mit 41 und der linken Maa-*

rach mit 44 Sitzen besteht eine Pattsituation. Die Verteilung der übrigen 35 Mandate widerspiegelt eine so starke Zersplitterung im Parteiengefüge, dass bereits das Gespenst von einer «Weimarisierung» Israels umgeht. Emanuel Hurwitz, Du hast die Wahlen in Israel selbst verfolgt. Wie ist Deine Einschätzung der Lage?

Hurwitz: Es ist nicht leicht, aus so weit auseinanderliegenden ethnischen Gruppierungen, wie beispielsweise den europäischen und den orientalischen Juden einen Staat zu bauen. Und es passiert dann gerne, dass die eine oder andere Gruppe durch Unverständnis und machtpolitische Fehler benachteiligt wird. Die Unzufriedenheit der orientalischen Juden wird vom Likud demagogisch ausgenutzt unter Zuhilfenahme religiöser und biblisch-historischer Werte: Träume vom grossen Eretz Israel etwa. Mit der skrupellosen Vorantreibung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten wurde die Annexion der Westbank mehr und mehr vollendete Tatsache. Damit verbunden ist eine ungeheure Staatsverschuldung, die Israel in eine immer grössere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu den USA brachte. Dies alles: diese Politik der Stärke, die religiöse Motivation der Expansion, die Verführung der Bevölkerung zu verantwortungslosem Haushalten, auch mit Hilfe von ebenso unverantwortbaren Wahlgeschenken, hat der Demokratie in Israel schwer geschadet. Ein Extremist wie Meir Kahane, der ein absolut faschistisch-rassistisches Gedankengut vertritt – eine Schande für das jüdische Volk – konnte nur Knesset-Mitglied werden, weil er neben dem einen Prozent seiner Wähler vom Ideengut her eine viel grössere Unterstützung in der Bevölkerung hat. Immerhin sind andere Parteien auf der Rechten gar nicht so weit von seinen Ansichten entfernt.

Die Bevölkerung ist heute in zwei Lager gespalten: in einen Teil, der rechtsradikalen, klerikalen und auch faschistischen Tendenzen nacheifert, und in einen Teil, den wir als sozialistisch und liberal bezeichnen können. Wie es weitergehen wird, ist schwer vorauszusagen. Ich kann eigentlich nur sagen, welche Entwicklung ich mir erhoffe. Viel wäre gewonnen, wenn die Arbeiterpartei eine eigene Koalition bilden könnte. Diese würde sich zwar nur auf wenig mehr als die Hälfte der 120 Knessetmandate stützen. Aber auch der Likud-Block hat mit nur 61 Mandaten sieben Jahre regiert und dabei sehr vieles – leider – zustande gebracht. Einer grossen Koalition wie sie jetzt angestrebt werden soll, sähe ich mit grössten Bedenken entgegen: Sie würde die Arbeiterpartei womöglich noch endgültig unglaubwürdig machen.

Wie auch immer, der Maarach muss dringend eine innere Reorganisation in die Wege leiten. Er ist zu sehr in Traditionen erstarrt und zu einer teils fast schon bürgerlichen Partei geworden. Der Anteil der Frauen in der Partei ist nicht, wie er sein sollte. Zu verstärken wäre auch die innenpolitische Bildungsarbeit, die wegen der Dominanz der Aussenpolitik in den letzten Jahren arg vernachlässigt wurde. Wenn es dem Maarach nicht gelingt, in das Lager der orientalischen Juden auf der einen Seite und in dasjenige der religiösen Juden auf der anderen Seite einzubrechen, sehe ich schwarz für eine sozialistische Zukunft Israels.

«Gleichzeitige und gegenseitige Anerkennung» Israels und der PLO

Bloch: Was die aussenpolitische Situation angeht, wird man sich noch auf eine längere Entwicklung einstellen müssen. Ich bin schon zufrieden, wenn sich in den nächsten Jahren bei allen Beteiligten die Meinung durchsetzt: Krieg bringt keine Lösung. Kein Krieg in den nächsten 10, 20, 30 und mehr Jahren ist schon sehr viel für alle beteiligten Völker, die darunter leiden müssten.

NW: *Verstehst Du unter «kein Krieg» auch Freigabe der durch Krieg besetzten Gebiete?*

Bloch: Ich bin für Freigabe von Teilen dieser besetzten Gebiete. Welche es schliesslich sein werden, kann ich nicht entscheiden. Das zu entscheiden, ist Sache der Israelis.

NW: *Das zu entscheiden, ist ebenfalls Sache der Völkergemeinschaft, weil hier Völkerrecht gebrochen wurde und noch wird. Darum hat ja auch der Sicherheitsrat in seiner Nahost-Resolution vom 22. November 1967 Israel aufgefordert, seine Truppen aus den besetzten Gebieten abzuziehen.*

Hurwitz: Selbstverständlich sollen die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Die Frage ist nur: an wen? Vermutlich nicht an eine PLO, welche die Anerkennung Israels verweigert und die bewaffnete Wiedergewinnung ganz Palästinas anstrebt. Das wäre nämlich Selbstmord. Deshalb hoffe ich, dass sich im Nahen Osten eine Verständigungslösung durchsetzt.

NW: *Eine solche Verständigungslösung sollte doch eigentlich auf dem Boden des Völkerrechts zu finden sein. Israel ist ein völkerrechtlich anerkannter, sogar durch Beschluss der UNO-Generalversammlung vom 29. November 1947 ins Leben gerufener Staat. Wenn daher die Palästinenser einen Staat im Sinne des Völkerrechts gründen wollen, dann müssen sie sich auch an die Normen des Völkerrechts halten; dann aber können sie einem Staat wie Israel nicht die Legitimität absprechen, die ihm kraft Völkerrechts zukommt. Also wird doch der Preis für die Staatwerdung des von der PLO geführten Volkes der Palästinenser ganz von selbst die Anerkennung Israels sein müssen.*

Hurwitz: Innerhalb der israelischen Linken, die zur PLO intensive Kontakte unterhält, hat man die Formel von der «gleichzeitigen und gegenseitigen Anerkennung» geprägt. Sie wäre eine Art Kompromiss, auf dessen Grundlage dann eine Verständigungslösung ausgehandelt werden könnte. Linke Politiker in Israel haben mir allerdings gesagt, dass die PLO noch jedes Mal, wenn ein solcher Kompromiss in Reichweite gewesen sei, zum Rückzug geblasen habe. Daher gibt es auch unter den Tauben in der israelischen Arbeiterbewegung sehr viele Enttäuschte. Trotzdem glaube und hoffe ich, dass Israel und die PLO auf der Grundlage dieser Formel von der «gleichzeitigen und gegenseitigen Anerkennung» eine Verständigungslösung finden werden.

Bloch: Das ist richtig. Voraussetzung ist jedoch, dass die Verantwortlichen der PLO nicht länger mit «gespaltener Zunge» reden.

NW: *Heini Bloch und Emanuel Hurwitz, ich bedanke mich sehr für dieses informative und ehrliche Gespräch. Möge es bei unseren Leserinnen und Lesern zu einem vertieften Verständnis für die schwierige Situation linker Zionisten angesichts der israelischen Politik der letzten Jahre beitragen. Ich schliesse mit einem herzlichen «Schalom» für Euren politischen Kampf und für ein gedeihliches Zusammenleben zwischen Israel und Ismael.*

Das Judentum ist immer vornan gestanden, wo es galt, gegen Nationalismus, Militarismus, Imperialismus, gegen die ganze Herrschaft des Gewaltsystems der Weltreiche zu kämpfen und an dessen Stelle die Herrschaft des Rechtes zu setzen. Es liefert je und je dem Pazifismus Streiter ersten Ranges. Es vertritt den Universalismus, der ihm eingestiftet ist, den Internationalismus des sittlichen Geistes. Damit erfüllt es seinen alten Beruf, das Volk der Völker zu sein, die Völkerwelt zusammenzuhalten durch das Reich Gottes.

(Leonhard Ragaz: Judentum und Christentum, Erlenbach 1922, S. 39)